

SiQua – Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel

Quartiersbericht Wedding-Zentrum

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Frankfurter Allee 35 – 37 (Aufgang C), 10247 Berlin
Projekt SiQua

www.stiftung-spi.de/projekte/siqua
und
www.si-qua.de

April 2021

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

SiQua

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung



Inhalt

Vorwort.....	3
1 Das Quartier Wedding-Zentrum.....	4
2 Objektive und subjektive Sicherheit im Quartier.....	5
3 Sicherheitsproduktion im Quartier	13
3.1 Präventive und repressive Maßnahmen der Polizei	13
3.2 Gremienstruktur und Vernetzung	14
3.3 Städtebauliche und gestalterische Maßnahmen.....	16
3.4 Maßnahmen zur Stärkung der Identifikation und Belebung öffentlicher Räume.....	17
3.5 Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum	17
3.6 Kinder- und Jugendarbeit	19
4 Gelingensbedingungen kooperativer Sicherheitsproduktion	21
5 Abschließende Handlungsempfehlungen.....	25
6 Literaturangaben	27



Vorwort

Ziel des Projekts SiQua (2018 – 2021) ist es, in erster Linie die Kompetenz von kommunalen Akteurinnen und Akteuren im Umgang mit Wandlungsprozessen in urbanen Räumen zu stärken. Mit Hilfe von vergleichenden Analysen, Fallstudien, Workshops und einer Befragung zu Sicherheitsbelangen werden kommunale Problemlagen in neun ausgewählten Stadtquartieren in Dresden, Essen und Berlin untersucht. Im Rahmen von SiQua wird durch die Analyse der Sicherheitsproduktion und -vernetzung in den jeweiligen Quartieren das Ziel verfolgt, Maßnahmen zu entwickeln, best practice Beispiele abzuleiten und verallgemeinerbare Bedingungsfaktoren einer gelingenden kommunalen Sicherheitsvernetzung zu formulieren.

Im Rahmen des SiQua-Projektes wurden mehrere Datenquellen genutzt, um zu einer Einschätzung der Sicherheitslage, des Sicherheitsempfindens und der Sicherheitsproduktion im Quartier zu gelangen:

- eine ortsbezogene Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS),
- eine repräsentative Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner anhand eines an 5000 Befragte versendeten Fragebogens pro Quartier,
- leitfadengesteuerte Interviews zur individuellen Einschätzung der Sicherheitslage und zum subjektiven Sicherheitsempfinden sowie Interviews mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, die einen Beitrag zur Sicherheitsproduktion im Stadtquartier leisten.

Der Vergleich der im Rahmen des SiQua-Projektes ausgewählten Stadträume in Essen, Dresden und Berlin ermöglicht die Entwicklung übertragbarer Konzepte auf ähnlich strukturierte Stadträume in anderen Großstädten.

1. Das Quartier Wedding-Zentrum

Wedding-Zentrum liegt im Berliner Bezirk Mitte, Ortsteil Wedding. Es erstreckt sich vom S-Bahnhof Humboldthain im Süden bis zu einem Abschnitt nordwestlich des Leopoldplatzes. Die bauliche Struktur ist charakterisiert durch eine Mischung aus Alt- und Neubauten sowie aus Wohn- und Gewerbegebieten. Prägende Elemente des Quartiers sind der Grünstreifen entlang des kleinen Flusslaufs Panke sowie der Leopoldplatz und der Nettelbeckplatz. Mehrere große Verkehrsstraßen wie die Pankstraße und Reinickendorfer Straße durchqueren das Quartier.

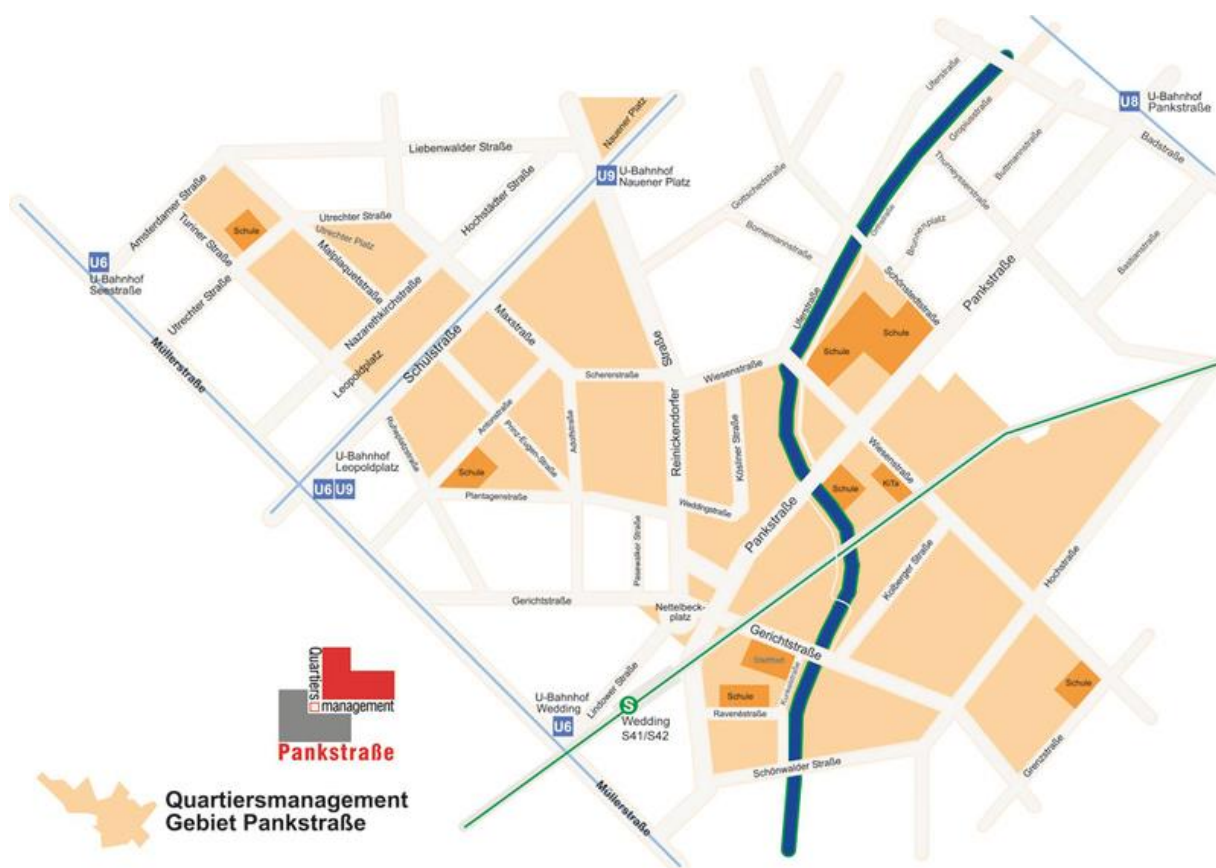


Abbildung 1: Karte, Quelle: QM Pankstraße

Das Quartier Wedding-Zentrum ist auch in Bezug auf seine Bewohner:innen ausgesprochen heterogen. In dem traditionellen Arbeiterquartier siedelten sich bedingt durch den damals günstigen Wohnraum seit den 1970er Jahren zahlreiche, mehrheitlich türkische Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten an. Dies verlieh dem Quartier den multikulturellen Charakter, der es bis heute prägt. Etwa 56 % der Bewohner:innen weisen einen Migrationshintergrund auf, die größte ethnische Minderheit bilden nach wie vor Menschen mit türkischen Wurzeln. Während angesichts des angespannten Berliner Wohnungsmarktes auch im Quartier Wedding-Zentrum die Mieten rasant steigen, zunehmend Bewohner:innen mit einem höheren Sozialstatus zuziehen und in bestimmten Bereichen des Quartiers erste Anzeichen von Gentrifizierung erkennbar werden, weisen nach wie vor überdurchschnittlich viele der etwa 18.000 Bewohner:innen einen niedrigen sozialen Status auf. Das Gebiet ist „überdurchschnittlich“ bis „stark überdurchschnittlich“ von Arbeitslosigkeit,

Langzeitarbeitslosigkeit, Transferleistungsbezug und Kinderarmut betroffen und gilt infolgedessen als ein „Gebiet mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf“¹. Die Arbeitslosenquote ist mit etwa 10,5 % etwa doppelt so hoch wie im Berliner Landesdurchschnitt, ca. 37 % der Bewohner:innen beziehen staatliche Transferleistungen.

Die verschiedenen komplexen Problemlagen manifestierten sich in der Einrichtung des Quartiersmanagements Pankstraße im Jahr 2002. Wesentliche Ziele des Quartiersmanagements sind es, die Lebensbedingungen in den Quartieren zu verbessern, Bewohner:innen zu aktivieren sowie unterschiedliche Interessengruppen und lokale Akteurinnen und Akteure zu vernetzen. Die Herausforderungen für das Zusammenleben im Quartier sind vielfältig. Lebenslagen, die von Benachteiligung geprägt sind, eine ethnisch und sozial heterogene Struktur ebenso wie Wandlungsprozesse im Kontext eines verstärkten Zuzugs unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen und eines angespannten Wohnungsmarktes stellen erhebliche Herausforderungen dar. Darüber hinaus hat das Quartier mit einem negativen Image zu kämpfen und wird in der medialen Berichterstattung teilweise sehr stigmatisierend dargestellt. Organisierte Kriminalität, Clanstrukturen und Drogenhandel sowie der schlechte Zustand des öffentlichen Raumes prägen das negative Image der Nachbarschaft.

2. Objektive und subjektive Sicherheit im Quartier

Im Rahmen des Projekts wurde eine kleinräumige **Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik** (PKS) vorgenommen. Dem Gesamt-Berliner Trend folgend ist die Belastung durch polizeilich registrierte Straftaten auch im Bereich Wedding-Zentrum seit 2014/2015 kontinuierlich rückläufig (Abb. 2). Die Häufigkeitszahl (registrierte Taten pro 100.000 Einwohner:innen) liegt seit Jahren über dem Berliner Landesdurchschnitt, gleicht sich dem ebenfalls rückläufigen Berliner Durchschnitt aber immer mehr an.

¹https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2019/MSS_Fortschreibung2019_Langfassung.pdf

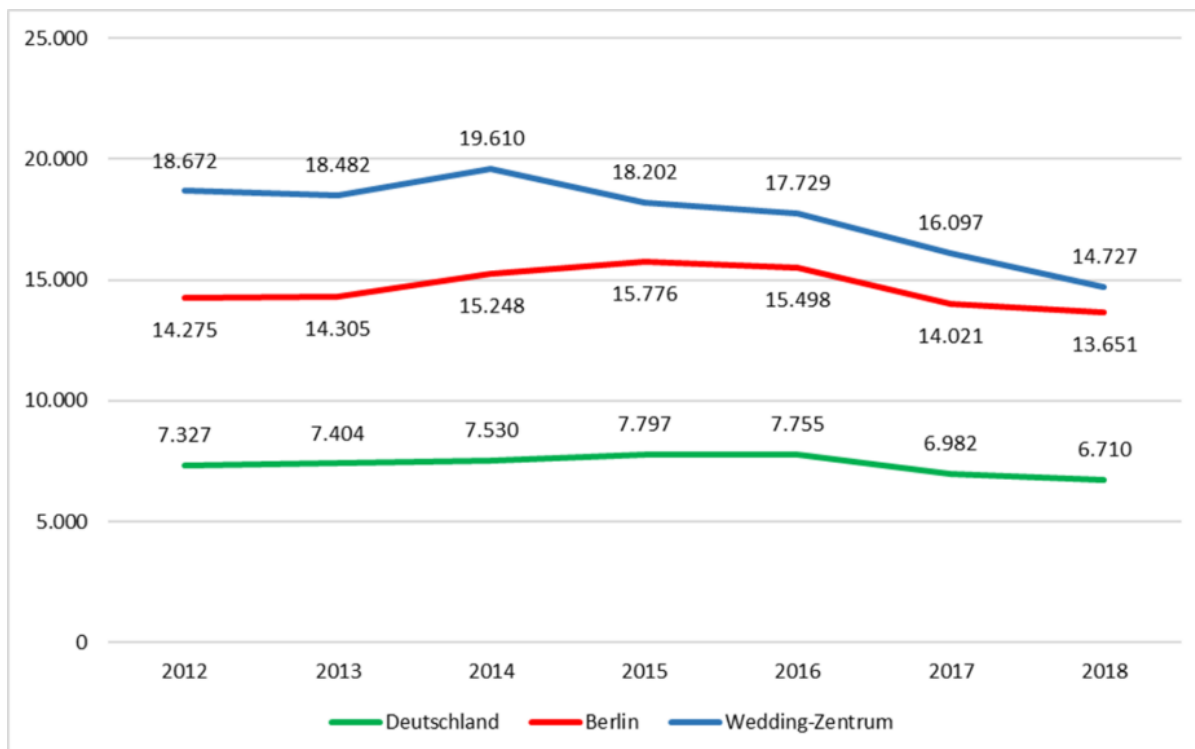


Abbildung 2: Entwicklung der Häufigkeitszahlen (=Anzahl der Straftaten je 100.000 Einwohner:innen) von 2012 bis 2018, Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik/SiQua

Deutlich höhere Werte als im Berliner Durchschnitt weist Wedding-Zentrum in den Deliktbereichen der sogenannten Kiezstraftaten auf, die einen engen räumlichen Bezug zwischen Tatort und Wohnort des Täters aufweisen, sowie bei Gewalttaten und Körperverletzungen. Die Straßen- und Diebstahlskriminalität entspricht dem Berliner Durchschnitt, Registrierungen wegen Leistungserschleichung im ÖPNV („Schwarzfahren“) sind seltener. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg zeigt sich in den letzten Jahren in vielen Deliktbereichen ein Rückgang. Die Anzahl registrierter Taten liegt unter der, die vor 8 Jahren verzeichnet wurde. Bei den Deliktsorten Raub bzw. Straßen- und Handtaschenraub haben sich die Belastungszahlen von 2012 bis 2017 nahezu halbiert, die Tendenz im Bereich gefährliche Körperverletzung weist in dieselbe Richtung (Abb. 3). Die Registrierung von Kriminalität ist allerdings in hohem Maße vom Kontroll- und Anzeigeverhalten abhängig. Daher müssen Veränderungen der registrierten Tatzahlen nicht unbedingt Änderungen der tatsächlich begangenen Delikte widerspiegeln. Die PKS bildet somit nicht das wirkliche Ausmaß der Kriminalität ab, sondern ergibt sich zuzüglich den (zahlenmäßig nicht unerheblichen) amtlich nicht erfassten Straftaten des Dunkelfeldes.

Wedding-Zentrum	Taten 2012	Taten 2014	Taten 2016	Taten 2018	HZ Wedding 2018	HZ Berlin 2018
Straftaten insgesamt	9.479	10.389	9.638	8.154	14.727	13.651
Straßenkriminalität	1.616	1.777	1.974	1.651	2.982	2.992
Kiezstraftaten	2.515	2.503	2.096	1.849	3.339	2.646
Gewaltkriminalität	653	462	430	379	685	426
Körperverletzungen	1.207	1.113	1.030	929	1.678	1.156
Diebstahlskriminalität	3.624	3.942	3.932	3.161	5.709	5.793
davon Ladendiebstähle	895	840	831	544	983	942
davon Wohnungseinbruchdiebstahl	331	254	183	128	231	202
Sachbeschädigungen	801	774	723	720	1.300	1.087
Leistungserschleichung im ÖPNV	63	483	275	128	231	410
Drogenkriminalität	495	531	551	486	878	461

Abbildung 3: Registrierte Kriminalität von 2012 bis 2018, Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik/SiQua

Ergänzend zur Auswertung der PKS-Daten wurde im Zuge des SiQua-Projekts eine repräsentative schriftliche Befragung der Bewohner:innen Wedding-Zentrums durchgeführt und ausgewertet, sowie qualitative Interviews mit Bewohner:innen und lokalen Akteurinnen und Akteuren im Quartier geführt. Die in den nachfolgenden Abschnitten dargestellten Werte beziehen sich auf das Jahr 2019. Gegenüber den Befunden aus dem Hellfeld zeigen sich im Dunkelfeld deutlich höhere Kriminalitätsbelastungen. Die Auswertung der Fragebögen ergab vergleichsweise hohe Werte bei Straftaten, deren Opfer die Befragten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung geworden waren. Knapp die Hälfte der Befragten (49 %) gab an, im letzten Jahr Opfer mindestens einer der abgefragten Taten (ohne Verkehrsunfälle) gewesen zu sein. Rund jede:r fünfte Befragte berichtet eine Sachbeschädigung. Dies spiegelt sich auch in den qualitativen Interviews wider. Selbst erlebte oder aus dem Nahfeld berichtete Delikte sind zahlreich und beinhalten insbesondere Fahrrad- und KFZ-Diebstähle, sonstige Diebstähle sowie Wohnungs- und Kellereinbrüche.

Neben der Analyse des Dunkelfeldes der Kriminalität im Untersuchungsgebiet, wurden auch das Sicherheitsempfinden und die zentralen Problemwahrnehmungen der Bewohner:innen erfasst. Deutlich stärker als Äußerungen zu Kriminalitätsfurcht treten insbesondere in den Interviews Problemwahrnehmungen in Bezug auf gesellschaftliche Veränderungen, (Nutzungs-)Konflikte und sogenannte Incivilities zutage. Unter Incivilities werden Verletzungen von gemeinschaftlichen Normen und Werten verstanden. Dazu gehören abweichende

Verhaltensweisen wie öffentlicher Alkoholkonsum, Betteln, „Herumlungern“, sowie physische Spuren von abweichendem Verhalten wie Graffiti, Müll, Hundekot, Vandalismus oder andere Erscheinungsformen physisch-materieller Verwahrlosung². Auch zuwanderungskritische Haltungen sowie Diskriminierungserfahrungen prägen das Sicherheitsempfinden von Befragten im Quartier. Dabei zeigt sich, dass das Quartier Wedding-Zentrum von den verschiedenen Befragten sehr unterschiedlich gesehen wird und ein breites Spektrum von Problemwahrnehmungen, Erklärungen und Bedarfen geäußert wurde. Anhand von aus dem empirischen Material abgeleiteten Themenschwerpunkten sollen nachfolgend die Sicherheitswahrnehmungen der Bewohner:innen beschrieben werden.

Die personale **Kriminalitätsfurcht** unter den Befragten ist insgesamt relativ gering ausgeprägt. Wedding-Zentrum wird von der Mehrzahl der Befragten und unabhängig von Geschlecht, Alter und Nationalität zumindest tagsüber als überwiegend sicher wahrgenommen. Dennoch gibt es zu bestimmten Tageszeiten und an bestimmten Orten Ausnahmen. Das Sicherheitsempfinden der Bewohner:innen in Wedding-Zentrum ist sehr stark abhängig von der Tageszeit (Abb. 4). Während sich tagsüber 93 % der Befragten „sehr sicher“ oder „eher sicher“ fühlen, empfinden 38 % ihr Wohngebiet bei Dunkelheit als „sehr unsicher“ oder „eher unsicher“, wobei diese Werte bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt sind. Etwa 45 % der weiblichen Befragten und knapp 30 % der männlichen Befragten fühlt sich bei Dunkelheit eher oder sehr unsicher. Mit zunehmendem Alter steigt das Unsicherheitsempfinden, besonders bei Dunkelheit. Mehr als 60 % der Befragten ab 65 Jahren fühlt sich bei Dunkelheit eher unsicher oder sehr unsicher.

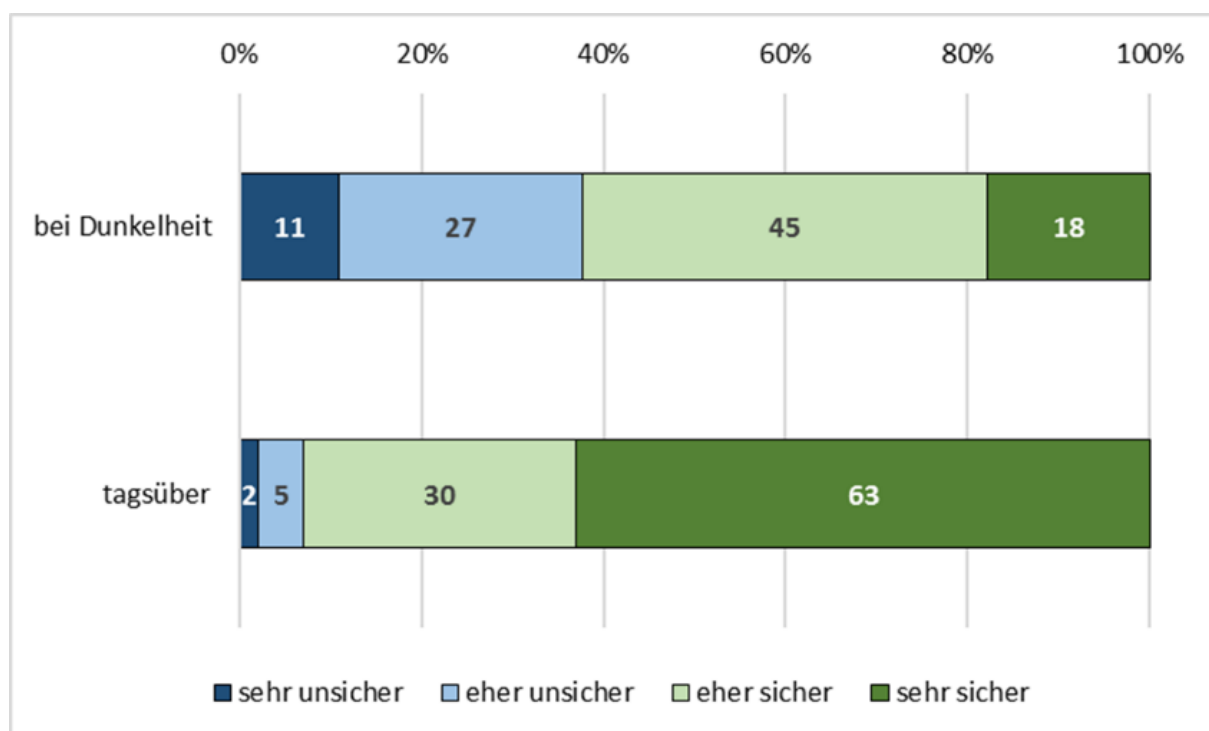


Abbildung 4: Sicherheitsempfinden, Quelle: SiQua (2019)

² Vgl. Häfele Joachim (2013a): S. 217

Deutlich wird auch, dass es einige zentrale Orte und Begegnungen gibt, die vermehrt Unsicherheiten auslösen und/oder gemieden werden. In diesem Zusammenhang wird der Leopoldplatz am häufigsten genannt. Sowohl dieser für das Quartier zentrale Platz als auch der Nettelbeckplatz und der Nauener Platz werden aufgrund ihrer Funktion als Treffpunkt für bestimmte Gruppen und des dort vorherrschenden Konsums von Alkohol oder Drogen von vielen Bewohner:innen als unangenehm empfunden. Dies gilt in abgeschwächter Form auch für andere Treffpunkte im öffentlichen Raum, wie z. B. Spielplätze oder Tischtennisplatten, an denen sich Personengruppen treffen. Als unsicher oder unangenehm empfunden werden darüber hinaus besonders schlecht beleuchtete sowie verlassene Straßen, Parks, der seitlich am Ufer des Flüsschens Panke verlaufende Grünzug („Pankegrünzug“) sowie die S- und U-Bahnhöfe im Quartier. Dieses Unsicherheitsempfinden äußert sich deutlich in **Schutz- und Vermeideverhalten** sowie weiteren Strategien, welche die Befragten im Umgang mit oder zur Bewältigung von Unsicherheiten anwenden. Die am häufigsten genannte Schutz- und Vermeidestrategie ist das Meiden bestimmter Straßen und Plätze bei Dunkelheit (Abb. 5).

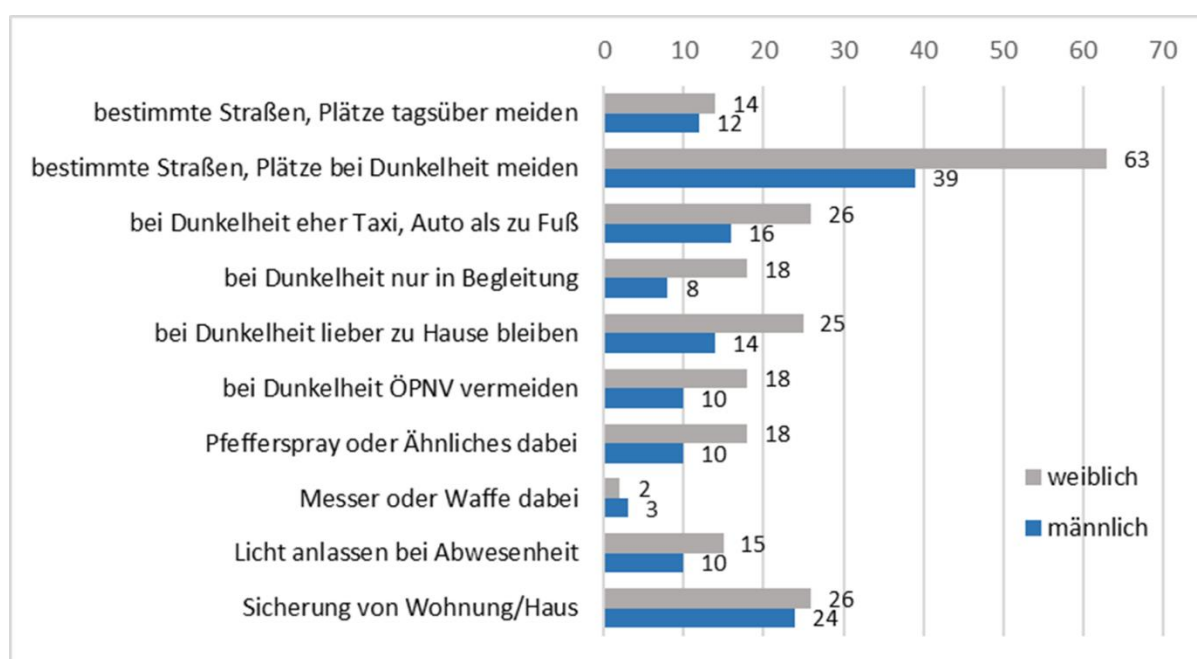


Abbildung 5: Schutz- und Vermeideverhalten, Quelle: SiQua (2019)

Befragte meiden insbesondere bei Dunkelheit schlecht beleuchtete oder verlassene Straßen, aber auch solche Orte, an denen die Präsenz von bestimmten Personen oder Gruppen als unangenehm empfunden wird (auch tagsüber). Eine weitere Strategie ist es, sich aus Streitigkeiten und potentiellen Konfliktsituationen herauszuhalten und möglichst unbeteiligt zu bleiben. In der stadtsoziologischen Forschung werden diese und ähnliche Verhaltensweisen auch als „Blasiertheit“³, „höfliche Nichtbeachtung“⁴, urbane „Distanziertheit“⁵ beschrieben.

³ Simmel, Georg (2006 [1903])

⁴ Goffman, Erving (1971)

⁵ Nassehi, Armin (2017)

Befragte berichten häufig von dieser Strategie, um potentielle Konflikte zu vermeiden. Darüber hinaus berichten sie aber auch von einer Grundanspannung und erhöhten Achtsamkeit im Stadtraum sowie einem selbstbewussten, zielgerichteten Auftreten als Strategie im Umgang mit Unsicherheiten. Im Zuge urbaner Interaktionen und Nutzungsweisen, die vom eigenen Aus- und Zurückweichen bis hin zu einem aktiven raumgreifenden Vorrücken reichen, reproduzieren sich Intergruppenfigurationen⁶. Dies zeigt sich besonders deutlich in Begegnungen, die von Diskriminierungserfahrungen und Rassismus oder sexueller Gewalt gekennzeichnet sind.

Zum individuellen Umgang mit Unsicherheiten gehört auch das Treffen von bestimmten Vorkehrungen wie Anbringen von zusätzlichen Schlössern an der Wohnungstür oder dem Fahrrad sowie Vorsicht beim Tragen von Wertsachen. Die Nutzung von Fahrrädern oder des Autos erhöht trotz einer als gefährlich charakterisierten Verkehrssituation das Sicherheitsgefühl im Vergleich zu der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fußwegen bei Dunkelheit.

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit der subjektiven Sicherheit der Bewohner:innen beleuchtet in der nachfolgenden Analyse **verschiedene Themenbereiche**. Sie können mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden in einem Zusammenhang stehen und werden diesbezüglich in verschiedenen theoretischen Erklärungsansätzen diskutiert.

Sichtbare Polizeieinsätze und Erzählungen oder Medienberichte über Straftaten werden häufig organisierter Kriminalität und Konflikten innerhalb von Clanstrukturen zugeschrieben. Sie können zwar verunsichern, aber das schlechte **Image** der Nachbarschaft wird von vielen der Befragten als unzutreffend charakterisiert. Zwar werden Delikte im Zusammenhang mit Clankriminalität in räumlicher Nähe wahrgenommen, aber als etwas gedeutet, das Außenstehende nicht gefährde. Als unbeteiligte Person sehen sich die meisten der Befragten von solchen Vorkommnissen nicht wesentlich verunsichert. Aus ihrer Perspektive leistet die **soziale Kontrolle** durch die Präsenz von Menschen auf den Straßen einen positiven und sehr wichtigen Beitrag zum Sicherheitsgefühl. Andererseits berichten manche auch davon, dass sich das nachbarschaftliche und gesellschaftliche Gefüge verändert habe, sich Nachbarn im Vergleich zu früher weniger gut kennen würden und die Menschen mehr mit sich selbst beschäftigt seien. Auch berichteten Befragte davon, dass die umstehenden Menschen ihrer Erfahrung nach im konkreten Fall nicht unbedingt eingriffen. In diesen gegensätzlichen Einschätzungen zeigt sich, dass das **Vertrauen** untereinander sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und diesbezügliche Maßnahmen, etwa zur Stärkung nachbarschaftlicher Kontakte, einen wichtigen Beitrag zum subjektiven Sicherheitsgefühl leisten könnten.

Die kriminologische Forschung weist auf den Zusammenhang zwischen sogenannten **Incivilities** oder Disorder-Phänomenen und subjektiver Sicherheit hin, wobei die Unterstellung eines kausalen Zusammenhangs umstritten ist⁷. Die Bewertung und wahrgenommene

⁶ Hüttermann, Jörg (2017): 79

⁷ Häfele (2013):245

Häufigkeit von Incivilities⁸ im Untersuchungsquartier Wedding-Zentrum (Abb. 6) zeigt, dass insbesondere Rücksichtslosigkeiten im Straßenverkehr, herumliegender Abfall und Vandalismus häufig und als problematisch wahrgenommen werden. In geringerem Ausmaß trifft dies auch auf Drogenhandel in der Öffentlichkeit zu, der von knapp 35 % der Befragten häufig wahrgenommen und von knapp 80 % der Befragten als eher schlimm bewertet wird.

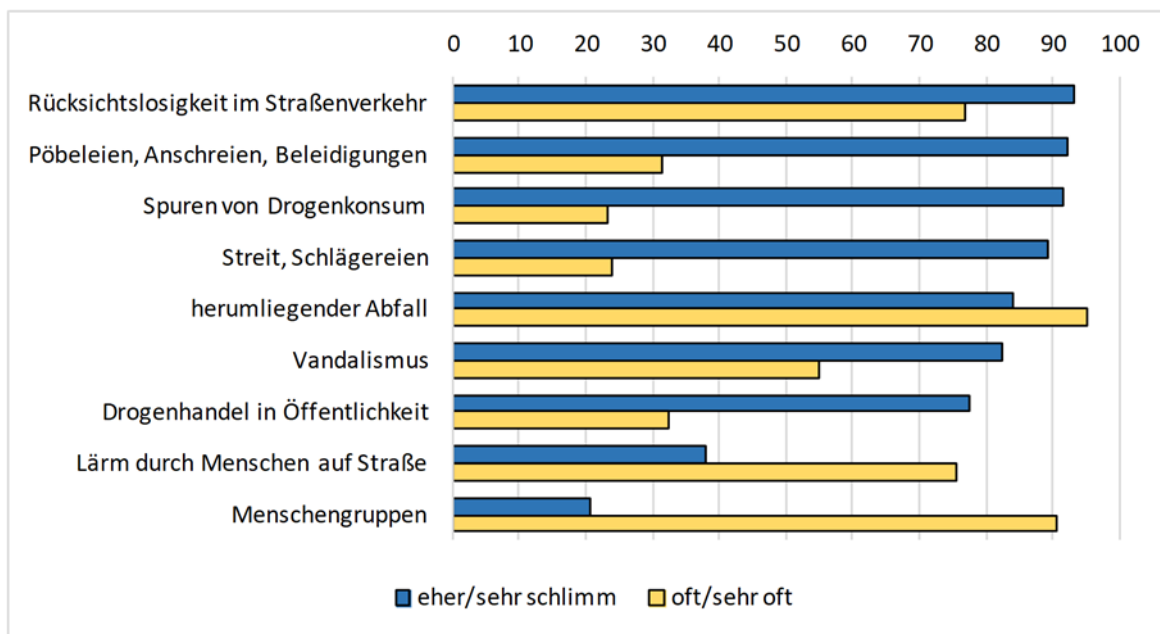


Abbildung 6: Was stört die Menschen in ihrem Wohngebiet? Bewertung und Häufigkeit von Incivilities, Quelle: SiQua (2019)

Auch in den Interviews werden bezogen auf das Quartier die starke Vermüllung und Verschmutzung des Quartiers als Probleme benannt. Sowohl das Wegwerfen von Verpackungen und anderem Müll im öffentlichen Raum als auch das Abstellen von Sperrmüll auf der Straße werden als sehr störend wahrgenommen. Während in Bezug auf die Problemwahrnehmung weitestgehend Konsens herrscht, zeigt sich im Rahmen der Interviews, dass die Ursachen dafür von verschiedenen Befragten sehr unterschiedlich gesehen werden. Teilweise wird die Verschmutzung als Ausdruck einer fehlenden Verantwortung und Wertschätzung für das Quartier gesehen. Manche Befragte kulturalisieren das Phänomen, indem sie die Verschmutzung bestimmten Gruppen zuschreiben und als Ausdruck mangelnder Integration interpretieren. Andere Befragte sehen die Probleme hingegen durch einen Mangel an Pflege des öffentlichen Raumes und einer unzureichenden Versorgung mit Mülleimern begründet. Aus Sicht der Befragten erforderliche Maßnahmen bestehen in der verstärkten Pflege des öffentlichen Raumes und der Grünflächen. Mehr Mülleimer oder deren häufigere Leerung sowie ein Überdenken der bisherigen Sperrmüllregelungen werden angeregt, ebenso

⁸ Frage 15: „Jetzt geht es um einige Probleme, die in Wohngebieten auftreten können. Bitte geben Sie jeweils an, wie schlimm Sie so etwas persönlich finden, und wie oft Sie das in letzter Zeit in Ihrem Wohngebiet beobachtet haben.“

wie höhere Strafen beispielsweise für Vandalismus oder das Abstellen von Sperrmüll auf der Straße.

Des Weiteren besteht im Quartier trotz der insgesamt niedrigen personalen Kriminalitätsfurcht eine deutliche Verknüpfung zwischen Unsicherheitsgefühlen an konkreten Orten und deren Nutzung durch bestimmte **Personengruppen**. Die Unsicherheitsgefühle der Befragten beziehen sich insbesondere auf Treffpunkte und Aufenthaltsorte von Gruppen, deren Präsenz als unangenehm, störend oder unangemessen empfunden wird. Dazu gehören eine sichtbare Drogenszene, Aufenthaltsorte von Trinkern sowie Jugend- oder Männergruppen im öffentlichen Raum. Auf dem Leopoldplatz und in geringerem Ausmaß auf dem Nettelbeckplatz und dem Nauener Platz – diese drei Orte werden diesbezüglich am häufigsten benannt – gibt es eine sichtbare Präsenz von Alkohol und Drogen konsumierenden Personen und Gruppen, die teilweise auch als verwaorlost oder obdachlos wahrgenommen werden. Deren Präsenz wird von den Befragten in unterschiedlichem Ausmaß als beunruhigend oder störend empfunden. Die Unsicherheitsgefühle beruhen dabei nicht auf konkreten Erfahrungen mit der Gruppe, sondern einem eher diffusen Gefühl von Unsicherheit oder der Wahrnehmung der Situation als unangenehm. Unsicherheitsgefühle entstehen dabei insbesondere aus dem Gefühl der Unberechenbarkeit der Situation. Dies gilt verstärkt dann, wenn Drogenkonsum vermutet oder beobachtet wird. Aber während die einen sich dadurch deutlich verunsichert fühlen, empfinden andere Befragte solche Begegnungen zwar als unangenehm, aber nicht als bedrohlich, oder gar als völlig unproblematisch. Und während die einen sich eine strikte Durchsetzung eines Alkoholverbots auf dem Platz wünschen, plädieren viele der Befragten für Verständnis und mehr Unterstützung für die betreffenden Gruppen.

Hier wird deutlich, dass die Orte und Gruppen nicht per se verunsichern. Vielmehr handelt es sich dabei um Deutungen, Zuschreibungen und Wissensmuster, die sehr stark von der eigenen Perspektive abhängig sind und die jeweiligen Erwartungen an den öffentlichen Raum widerspiegeln⁹. Die gruppenbezogenen Problemwahrnehmungen können auch als Ausdruck von (latenten) Nutzungskonflikten um öffentliche Räume gesehen werden, die sich jedoch in der Regel nicht gewaltsam äußern. Im Kern geht es um die Frage, wem der öffentliche Raum gehört, welche Nutzungsweisen gesellschaftlich anerkannt sind oder toleriert werden bzw. welche Maßnahmen als verhältnismäßig angesehen werden. Solche Nutzungskonflikte werden in den qualitativen Interviews häufig thematisiert. Auch wenn die Verhaltensweisen strafrechtlich meist nicht relevant sind, sondern subjektiv wahrgenommene Störungen einer normativen Ordnung darstellen, erwarten viele der Befragten von der Politik oder von Sicherheitsakteurinnen und -akteuren eine „Beseitigung“ der Störung¹⁰ und restriktive Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf die Trinker- und Drogenszene. Auch und gerade Randgruppen sind hingegen auf den öffentlichen Raum angewiesen.

⁹ Hempel, L / Abt, J. /Henckel, D. und Pätzold, R. (2015): 14

¹⁰ Gans, B (2017): 333

3. Sicherheitsproduktion im Quartier

Sicherheitsproduktion im Quartier ist eine Querschnittsaufgabe, an der eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren beteiligt ist. Neben den klassischen Handlungsfeldern der Polizei sind auch städtebauliche und gestalterische Maßnahmen, Belebung und Gewerbeentwicklung, aber auch soziale Maßnahmen wie die Kinder- und Jugendarbeit bis hin zur Regulierung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum als zentrale Bestandteile der Sicherheitsproduktion im Quartier Wedding-Zentrum zu sehen. Dementsprechend vielfältig sind auch die Akteurinnen und Akteure kooperativer Sicherheitsproduktion. Nachfolgend sollen die Maßnahmen, Erfahrungen und Kooperationsbeziehungen in einigen zentralen Handlungsfeldern exemplarisch näher beleuchtet werden mit dem Ziel, Gelingensfaktoren und Hemmnisse kooperativer Sicherheitsproduktion zu identifizieren.

3.1 Präventive und repressive Maßnahmen der Polizei

Die Polizei als klassische Akteurin der Sicherheitsproduktion ist im Quartier sowohl auf der präventiven als auch der repressiven Ebene aktiv. Insbesondere der Bereich der Prävention erfuhr in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Im Rahmen der Präventionsarbeit bringt die Polizei ihr Erfahrungswissen im Rahmen von diversen Gremien ein und nimmt bei Umgestaltungsmaßnahmen eine beratende Funktion wahr. Persönlicher Kontakt und intensive Netzwerkarbeit spielen für die präventive Arbeit eine wichtige Rolle. Es zeigen sich aber auch erhebliche Herausforderungen, denn dafür ist einerseits eine entsprechende personale Ausstattung notwendig, die teilweise als unzureichend empfunden wird, aber auch eine gewisse personale und zeitliche Kontinuität.

Die Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten sowie die Präventionsbeauftragten sind für viele der befragten Akteurinnen und Akteure wichtige Kooperationspartner im Quartier Wedding-Zentrum. Vernetzung und Kooperation findet dabei nicht nur in Gremienarbeit, sondern auch über den direkten Kontakt statt, sei es im Rahmen von informellen Gesprächen oder im Rahmen von Informationsveranstaltungen. Die Abstimmung zwischen Sozialarbeit und Polizei ist beispielsweise von großer Bedeutung, um gemeinsame Strategien zu finden, und das akkumulierte Erfahrungswissen der Beteiligten trägt zu urbaner Sicherheit in den Quartieren bei. Gleichzeitig sind die Wahrung von Grenzen, wie z. B. die Beachtung der Schweigepflicht oder Verständnis für das Legalitätsprinzip Grundvoraussetzungen einer möglichen und nachhaltigen Vernetzung in diesem Bereich. Im Hinblick auf die Verkehrssicherheit bzw. Verkehrserziehung gibt es eine gute Kooperation zwischen Kitas und den Präventionsbeauftragten der Polizei. Teilweise fehle es den Kindern im Quartier nach Aussage einiger Befragten an guten Vorbildern in dieser Hinsicht, was die Bedeutung von Verkehrserziehung in der Kita und Schule umso wichtiger machte. Die Arbeit der Präventionsbeauftragten und eine bürgernahe Polizeiarbeit sei auch deshalb so wichtig, weil sie eine respektvolle Beziehung auf Augenhöhe ermögliche und Vorurteilen sowie Berührungssängsten entgegenwirke.

Berührungssängste, Vorurteile aber auch Diskriminierungserfahrungen tragen dazu bei, dass Teile der Bevölkerung den Kontakt zur Polizei vermeiden. Konflikte in oder zwischen Gruppen

würden teilweise gewaltsam geregelt, ohne Kontakt zur Polizei zu suchen oder Delikte zur Anzeige zu bringen. Möglicherweise spielen hier auch organisierte Kriminalität und Clanstreitigkeiten eine Rolle. Personen seien teilweise sowohl Opfer als auch Täter:innen und brächten die Delikte, von denen sie betroffen seien, daher nicht zur Anzeige. Es kann von einem hohen Dunkelfeld im Untersuchungsquartier ausgegangen werden. Dies gilt auch für den Deliktbereich häusliche Gewalt, der im Quartier aus Sicht der Polizei sehr ausgeprägt ist und für die Beamtinnen und Beamten häufig mit sehr belastenden Einsätzen einhergeht. Interkulturelle Kompetenz und Sprache sind für ihre Arbeit im Quartier daher von großer Bedeutung, aber auch Supervision und Begleitung in schwierigen Situationen. Die Beamtinnen und Beamten benötigen im Arbeitsalltag des Quartiers Wedding-Zentrum außerdem eine hohe Konfliktlösungskompetenz. Teilweise sind sie mit hohem Aggressionspotential konfrontiert und erleben auch bedrohliche Situationen, die sich z. B. aus relativ alltäglichen Situationen wie dem Umsetzen eines falsch geparkten Autos heraus ergeben.

Häufig sehe sich die Polizei aber auch Erwartungen vonseiten der Politik oder Bevölkerung gegenüber, die mit der vorhandenen personalen Ausstattung, aber auch mit rechtlichen Zuständigkeiten, Möglichkeiten und gesetzlichen Grundlagen polizeilicher Arbeit nicht zu vereinbaren seien. Hier entstehe leicht Frust und es müsse häufig vermittelt werden. Dies gilt besonders im Fall von Drogendelikten aber auch im Hinblick auf Sachverhalte, die sich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegen oder im Kern Nutzungskonflikte darstellen. Auch aus diesem Grund sind Netzwerkarbeit, der Austausch von Erfahrungswissen, die Koordination von Maßnahmen sowie die Sensibilisierung für die jeweiligen Zuständigkeiten und Handlungslogiken der Akteurinnen und Akteure Grundvoraussetzungen einer gelingenden Sicherheitsproduktion.

3.2 Gremienstruktur und Vernetzung

Die in Berlin schon seit Beginn der 1990er Jahre praktizierte kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention zielt auf die Umsetzung von Präventionsstrategien und eine Stärkung sozialraum- bzw. gemeinwesenorientierter Ansätze in den Berliner Bezirken. In mehreren Bezirken wurden in diesem Zusammenhang Präventionsgremien gebildet. Im Bezirk Mitte ist die Präventionskoordination als Stabstelle beim Bezirksbürgermeister angesiedelt und Prävention damit „Chefsache“. Ein Präventionsrat befindet sich im Aufbau, während bereits eine Reihe kiez- und themenbezogener Arbeitsgruppen bestehen, in denen Strategien für ein besseres Zusammenleben entwickelt werden. Einer der Schwerpunkte in diesem Zusammenhang liegt auf dem Leopoldplatz. Der Platz ist geprägt von einer relativ hohen Kriminalitätsbelastung und ist einer der Treffpunkte für Suchtkranke im Ortsteil Wedding. Konfliktauslösende Probleme bestehen vor allem in einem als problematisch empfundenen Alkohol- und Drogenkonsum, Lärmbelästigung und fehlender Hygiene durch Urinieren im Freien, Funde von Spritzen sowie einer starken Vermüllung des Platzes. Die bezirkliche Strategie umfasste die Handlungsfelder Streetwork/aufsuchende Soziale Arbeit, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, bauliche Umgestaltung sowie eine kulturelle Belebung. Flankiert wurde diese Strategie durch intensive Netzwerkarbeit. Als Bestandteil des integrierten Handlungskonzepts „Leopoldplatz — ein Platz für alle“ wurde eine gewalt- und kriminalpräventive Gremienstruktur geschaffen. Diese besteht aus dem Runden Tisch

Leopoldplatz, einer Steuerungsrunde Platzmanagement und einer Praktikerrunde. Insgesamt kann das Vorgehen einer kiezorientierten Kriminal- und Gewaltprävention am Leopoldplatz trotz mannigfaltiger Herausforderungen und Schwierigkeiten als ein best practice Beispiel angesehen werden, das auch auf andere Stadträume übertragbar ist. Es besteht gerade in dem Versuch, die verschiedenen Konfliktparteien in eine „nachhaltige gemeinwesenbezogene Lösung – auch unter Berücksichtigung sozial ausgegrenzter Gruppen – einzubinden und ein an der Konfliktschärfung und -regulierung interessiertes Netzwerk aufzubauen“¹¹.

Hinzukommen soll ein sich in Planung befindlicher Präventionsrat als Gremium und Lenkungsgruppe für den gesamten Bezirk Mitte, um Projekte im Bereich der Kriminal- und Gewaltprävention zu initiieren und zu koordinieren. Der Präventionsrat versteht sich als ein Lenkungsgremium und konzentriert sich auf die bisherigen Bereiche und Schwerpunkte der Präventionsarbeit im Bezirk, insbesondere auf die Stabilisierung konfliktbelasteter öffentlicher Räume, die Herstellung von Nutzungsgleichgewichten in Parkanlagen, Grünflächen und auf Stadtteilplätzen sowie die Förderung von Demokratie und nachbarschaftlichem Zusammenhalt. Dabei besteht durch die beim Bürgermeister angesiedelte Stabstelle der Präventionskoordination sowie die lokalen Arbeitsgruppen und runden Tische eine gute Voraussetzung für gelingende Zusammenarbeit und eine vertikale Integration der Präventionsmaßnahmen.

Auf der Quartiersebene kann dabei außerdem auf eine gut funktionierende und auf langjährigen Erfahrungen beruhende Vernetzung von im Quartier Aktiven zurückgegriffen werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Viele der befragten Akteurinnen und Akteure sind bereits in entsprechenden Gremien, Arbeitskreisen und Steuerungsunden vertreten. Dazu gehört neben dem runden Tisch Leopoldplatz beispielsweise die gesetzlich festgeschriebene Arbeitsgruppe nach §78 SGB VIII¹² (Sozialraum-AG Leopoldplatz), der Arbeitskreis Stadtteilarbeit¹³ oder der Runde Tisch des Schulamtes¹⁴. Dort werden verschiedenste Themen – auch solche die Sicherheit betreffen – diskutiert und Maßnahmen koordiniert. Teilweise ist der Austausch dort so gestaltet, dass bestimmte Akteurinnen und Akteure nur punktuell zu sie betreffenden Themen teilnehmen.

¹¹ Becker F. (2018): 156

¹² § 78 SGB VIII Arbeitsgemeinschaften: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen“. Vertreten sind in der Sozialraum-AG Leopoldplatz neben den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe beispielsweise auch die öffentliche Bibliothek und die Polizei.

¹³ Der Arbeitskreis Stadtteilarbeit in Mitte ist ein vom Bezirksamt Mitte organisierter Zusammenschluss der bezirklichen Stadtteilzentren, Familienzentren, Nachbarschaftseinrichtungen, Seniorenbegegnungsstätten, der Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstelle Mitte sowie des Sozialdienstes und der Planungs- und Koordinationsstelle des Bezirksamts Mitte.

¹⁴ Eine durch das Schulamt initiierte Kooperation, die ehemals breiter angelegt war und sich heute insbesondere dem Übergang von Kita zu Grundschule widmet.

Auch die Vermittlung von Kontakten zu Ansprechpersonen anderer Träger ist Zeichen einer gelungenen Kooperationslandschaft im Quartier. Die sozialen Akteurinnen und Akteure nehmen hier eine wichtige Informationsfunktion ein, die oftmals über ihren eigentlichen Arbeitsauftrag hinausgeht. Auch hier lässt sich feststellen, wie wichtig der Stellenwert von Vernetzung ist, um Informationen und Angebote bekannt zu machen und dadurch Zugänge zu schaffen. Des Weiteren gibt es sehr häufig direkte Vernetzung zwischen unterschiedlichen Einrichtungen durch einen Austausch zu bestimmten Themen oder Kooperationen im Rahmen von einzelnen Maßnahmen oder Projekten. Zugleich wird aber auch deutlich, dass die gelingende Vernetzung und Kooperation häufig von engagierten Einzelpersonen, die auch als Schlüsselakteurinnen und -akteure bezeichnet werden können, ausgeht. Diese nehmen in den mehr oder weniger institutionalisierten Kooperationsbeziehungen eine wichtige Rolle ein.

3.3 Städtebauliche und gestalterische Maßnahmen

Der Kriminalprävention im Städtebau kommt eine bedeutende Rolle im Rahmen der kooperativen Sicherheitsproduktion zu. Dass die Gestaltung von Räumen objektive und subjektive Sicherheit in hohem Maße beeinflusst, ist wissenschaftlich belegt. Eine zielgerichtet präventive Gestaltung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen kann Kriminalität vorbeugen und zu einer Erhöhung der subjektiven und objektiven Sicherheit beitragen. Für mehr Sicherheit sorgen u. A. eine Reduktion von Tatgelegenheiten sowie eine Gestaltung, welche die informelle soziale Kontrolle erhöht sowie Identifikation und Nutzungsvielfalt fördert. Verschiedene Maßnahmen im Quartier Wedding-Zentrum tragen diesem Umstand Rechnung. Im Rahmen des Programms Soziale Stadt besteht ein zentrales Handlungsfeld des Quartiersmanagements im Untersuchungsgebiet darin, Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes anzustoßen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise die Erneuerung und Umgestaltung von Spielplätzen und anderen Räumen vorgenommen. Im Rahmen von Beteiligungsverfahren werden dabei Bürger:innen eingebunden, ihre Nutzungsinteressen berücksichtigt und ihre Identifikation mit den umgestalteten Plätzen dadurch erhöht. Die Expertise der Präventionsbeauftragten wurde eingeholt, um Aspekte der objektiven und subjektiven Sicherheit in der Gestaltung zu berücksichtigen.

Nicht nur die Gestaltung, sondern auch die langfristige Pflege und Aufrechterhaltung von Sauberkeit und Ordnung in öffentlichen Räumen stellen ein weiteres wichtiges Handlungsfeld der Sicherheitsproduktion im Quartier dar. Rückschnitt von Gebüsch oder eine verbesserte Beleuchtung sollen für mehr Sicherheit sorgen, indem dunkle, schlecht einsehbare Räume vermieden werden. Um dem Problem des Sperrmülls zu begegnen, gibt es eine Kooperation zwischen dem Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt sowie der Berliner Stadtreinigung (BSR). Im Rahmen von Sperrmülltagen können Bewohner:innen den Sperrmüll an zentralen Sammelstellen im Quartier direkt und kostenlos abgeben. Auch kleinere Initiativen von Anwohnenden und lokalen Einrichtungen und Institutionen zur Beseitigung von Müll oder der Verschönerung öffentlichen Raumes sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Hier zeigt sich die Bedeutung von Schlüsselpersonen, die sich für mehr Sauberkeit im Quartier einsetzen. Als schwierig erweist sich allerdings die Finanzierung und Verstetigung von Maßnahmen. Die von vielen Befragten als fehlende Wertschätzung gedeutete Haltung gegenüber dem Quartier stellt ein weiteres Hindernis für die Nachhaltigkeit derartiger Maßnahmen dar. Gleichzeitig könnten

gerade solche Maßnahmen, die Bewohner:innen aktivieren, sich als besonders nachhaltig erweisen. Während eine funktionale und pflegeleichte Gestaltung einerseits den Aufwand der Instandhaltung senkt, könnte eine ansprechendere, kreativere Gestaltung unter Einbezug z. B. von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und unter Berücksichtigung ihrer Nutzungsinteressen möglicherweise die Identifikation erhöhen und Vandalismus entgegenwirken. Es wird aber deutlich, dass die zuständigen Ämter (Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt) nicht über die notwendigen personalen Kapazitäten verfügen. Häufig würden dadurch insbesondere kleinere Stadtteilplätze oder Grünanlagen in den Wohngebieten des Quartiers vernachlässigt. Neben der Überlastung von Ämtern wird aber auch eine Ungleichbehandlung verschiedener Quartiere als Problem benannt.

Als ein Gebiet das neben zahlreichen kleineren Grünflächen auch den Pankegrünzug umfasst, leistet das Untersuchungsquartier Wedding-Zentrum einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Diese Grünflächen tragen erheblich zur Lebensqualität der Bewohner:innen des Quartiers bei. Jedoch schränken Vermüllung und Verschmutzung die Aufenthaltsqualität teilweise erheblich ein und führen auch zu Meidungsverhalten und einem erhöhten Unsicherheitsgefühl. Nicht zuletzt gefährdet sie auch die Flora und Fauna. Bestehende Planungsvorhaben, z. B. zur Renaturierung der Panke, sollten deshalb flankiert werden von niedrigschwelligen Maßnahmen der Umweltbildung und von einer Aktivierung und Sensibilisierung der Bewohner:innen, um der Verschmutzung nachhaltig zu begegnen.

3.4 Maßnahmen zur Stärkung der Identifikation und Belebung

Da insbesondere verlassen oder als verwahrlost empfundene Orte als unsicher empfunden werden beziehungsweise durch die Schwächung der sozialen Kontrolle tatsächlich auch unsicherer sein können, leisten Maßnahmen der Gewerbeentwicklung oder Steigerung der Attraktivität und Belebung von Orten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Sicherheitsproduktion. Lokale Gewerbetreibende haben ein unmittelbares Interesse an sauberen und sicheren öffentlichen Räumen. Nutzungsmischung und Diversität von Nutzenden können einen positiven Beitrag zur Sicherheit im Quartier leisten. Eine „Bespielung“ von öffentlichem Raum, beispielsweise durch Veranstaltungen des Quartiersmanagements, Stadtteilstefte oder im Rahmen von bereits durchgeführten Festivals wie dem Panke-Parcours trägt aus Sicht der Befragten ebenfalls dazu bei, dass Räume positiv besetzt werden. Sie sehen darin die Chance, auch über den Moment hinaus günstige Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich dort Menschen aufhalten und so für mehr Sicherheit gesorgt ist.

3.5 Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum

Andererseits bergen unterschiedliche Erwartungen an den öffentlichen Raum, dessen Aneignung durch bestimmte Gruppen und unterschiedliche Nutzungsweisen auch erhebliches Konfliktpotential. Daraus können Verunsicherungen entstehen. Ziel sollte indes nicht die Verdrängung „störender“ Nutzer:innen sein, sondern die friedliche und konstruktive Regulation von Nutzungskonflikten. Die Chancen und Herausforderungen im Umgang mit Nutzungskonflikten sowie der Lösung vielschichtiger Problemlagen durch integrierte Handlungsansätze kann am Beispiel des Leopoldplatzes im Quartier dargestellt werden (siehe auch 3.2).

Im Zuge einer Umgestaltung in den Jahren 2010 – 2013 wurde im hinteren Teil des Platzes ein Aufenthaltsort für die „Trinkerszene“ geschaffen. Es wurde ein soziales Platzmanagement eingesetzt, durch welches die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zwischen der sogenannten „Trinker- und Drogenszene“ und Anwohnenden, Gewerbetreibenden und anderen Beteiligten entschärft werden sollten. Lokal ansässige Träger Sozialer Arbeit wurden durch das Bezirksamt Berlin-Mitte damit beauftragt, den Konflikt zu regulieren. Die bezirkliche Planung hat sich dabei ausdrücklich zum Ziel gesetzt, Lösungen zu erarbeiten, die nicht in einer Verdrängung sozial benachteiligter Gruppen resultieren und arbeitet dafür eng mit Akteurinnen und Akteuren aus der Sozialen Arbeit zusammen. Am Beispiel des Leopoldplatzes zeigt sich aber auch, dass Umgestaltungsmaßnahmen und Planungsvorhaben im Kontext von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum vor besonderen Herausforderungen stehen. In die komplexen Aushandlungsprozesse ist eine Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure eingebunden. Sie folgen teils unterschiedlichen Handlungslogiken und haben häufig auch konfligierende Interessen. Weitere Schwierigkeiten bestehen durch starke Polarisierung und Politisierung des Konfliktes. Deutlich wird angesichts wenige Jahren nach der Umgestaltung neu aufflammender Konflikte vor allem auch, dass Konfliktlösung nicht einmalig erfolgt, sondern kontinuierlich reflektiert und weiterentwickelt werden muss. Voraussetzungen hierfür sind zum einen die Aufrechterhaltung der Motivation und Beteiligung. Zum anderen muss flexibel auf sich verändernde Situationen vor Ort reagiert werden. Eine erneute Umgestaltung des Platzes (Projektlaufzeit: 2019 – 2022) ist derzeit in Planung. Dabei sollen besonders die Belange von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Insbesondere die sehr niedrigschwellige Form der Beteiligung, die die Erfassung der Bedarfe der verschiedenen Nutzergruppen zum Ziel hat, kann hierbei als sehr positiv bewertet werden.

Nutzungskonflikte spielen im Quartier vielerorts eine Rolle. Die Erfahrungen des Netzwerkaufbaus für eine gemeinwesenorientierte Konfliktlösung könnte für weitere Räume des Quartiers fruchtbar gemacht werden. Ein solcher Konflikt besteht beispielsweise in der Malplaquetstraße, einer typischen Wohnstraße im Kiez, in der auch eine Bar und ein Spätkauf angesiedelt sind. Im Rahmen früherer Aufwertungsmaßnahmen sind zur Belebung des öffentlichen Raumes und zur Verkehrsberuhigung in der gesamten Malplaquetstraße begrünte Hochbeete entstanden, es wurden eine Tischtennisplatte und ein kleiner begrünter Spielplatz für Kleinkinder angelegt, der zurzeit gesperrt ist. Im letzten Jahr haben sich hier zunehmend Konfliktpunkte ergeben, die das Wohlbefinden und das Sicherheitsempfinden der Anwohnenden beeinträchtigen:

1. Ruhestörungen in der Nacht durch sich aufhaltende Menschengruppen an der Tischtennisplatte sowie vor dem Spätkauf und der Bar,
2. Sperrung und Verwahrlosung des Spielplatzes durch Ablagerungen von Müll und unzureichende Pflege der Grünflächen,
3. Konsum und Verkauf von Drogen,
4. Ausdehnung und symbolische Aufladung des Konfliktes unter dem Stichwort Gentrifizierung.

Möglicherweise gibt es Wechselwirkungen zwischen der Situation am Leopoldplatz und eine Verdrängung bestimmter Gruppen oder Konfliktlagen in dessen nähere Umgebung, zu welcher der Malplaquetkiez zählt. Für die Entwicklung von Maßnahmen wurden im Rahmen von SiQua Workshops organisiert, die sich unter anderem mit dieser Situation befassten. Zunächst wurde eine umfassende Konfliktanalyse durchgeführt unter Einbeziehung verschiedener Perspektiven. Als eine Lösungsmöglichkeit wurden städtebauliche Maßnahmen und das Anbringen von Hinweisschildern diskutiert. Während der Präventionsbeauftragte hier eine formlose Abstimmung mit dem dafür zuständigen Grünflächenamt anstrebt, wird vonseiten des Quartiersmanagements ein besser koordiniertes Vorgehen und eine diesbezügliche Rückkopplung von Maßnahmen gewünscht. Als eine wichtige Voraussetzung für ordnungsrechtliche Maßnahmen vonseiten der Polizei oder des Ordnungsamtes wird das proaktive Vorgehen der Beschwerdeführer:innen genannt, wie beispielsweise das Führen eines Lärmprotokolls oder das Stellen von Anzeigen. Darüber hinaus wurde eine Gemeinwesenmediation als ein wünschenswerter nächster Schritt diskutiert. Dabei bestehe Gemeinwesenmediation nicht (nur) darin, Streitparteien an einen Tisch zu bringen, sondern wirke auch unmittelbar strukturbildend. Unter Betrachtung der Gegebenheiten und der Einbeziehung von Akteurinnen und Akteuren im Sozialraum könne dadurch ein Netzwerk aufgebaut beziehungsweise gefestigt werden. Die Koordination von Ressourcen, der Austausch von Informationen und die Ermöglichung von Begegnungen könnten so zu einer langfristigen Verbesserung führen und seien auch in kriminalpräventiver Hinsicht von Bedeutung. Eine Umsetzung der Gemeinwesenmediation würde somit auch dem Wunsch der Beteiligten entsprechen, das im Rahmen von SiQua entstandene Netzwerk weiterzuführen. Allerdings zeigt sich auch, dass eine Verstetigung solcher Netzwerke und die Umsetzung von getroffenen Maßnahmen ein längerer Prozess ist, der von den Beteiligten ein proaktives Vorgehen und auch personelle und finanzielle Ressourcen erfordert. Insbesondere ist auch eine Klärung von Zuständigkeiten erforderlich. Diese wird durch eine teilweise unterschiedliche Problemdefinition und damit verbunden eine unterschiedliche Auffassung von Lösungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten erschwert.

3.6 Kinder- und Jugendarbeit

Die Präsenz von Drogenhandel und Kleinkriminalität wird von den Akteurinnen und Akteuren vor allem als Risiko für Kinder und Jugendliche im Kontext fehlender Perspektiven und großer sozialer Ungleichheit gesehen. Das Quartier ist von erheblicher sozialer Benachteiligung geprägt, was insbesondere auf diese Altersgruppe zutrifft. Darunter sind die Kinder mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich stark von Bildungsungleichheit und Kinderarmut betroffen. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, ist im Quartier eine große Anzahl von sozialen Akteurinnen und Akteuren präsent, die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind.

Im Hinblick auf den Themenbereich Alkohol- und Drogenkonsum bzw. Drogenhandel äußern viele der Befragten, dass auch in diesem Fall ein Nutzungskonflikt besteht. Der öffentliche Raum stehe vielerorts für Jugendliche und andere Personen nicht mehr zur Verfügung, wenn dort eine Drogenszene vorhanden sei oder alkoholisierte Gruppen den Raum besetzten. Gleichzeitig wird die Präsenz von Jugendlichen im öffentlichen Raum durch wieder andere

Gruppen als störend empfunden, beispielsweise im Zusammenhang mit Lärmbelästigungen. Öffentliche Räume jenseits der etablierten Jugendeinrichtungen sind für die Jugendlichen im Quartier somit rar und, soweit sie vorhanden sind, vielfach von Nutzungskonflikten geprägt. Im Zusammenhang mit steigenden Mieten und zunehmend beengten Wohnverhältnissen spielt der öffentliche Raum als Aufenthaltsort eine wichtige Rolle, gerade für diese Altersgruppe. Hinzu kommt, dass in erheblichem Maße bedingt durch soziale Benachteiligung und Armut, viele der Kinder und Jugendlichen im Quartier Wedding-Zentrum früh in Berührung mit verschiedenen Formen der Kriminalität wie Diebstahl, Raub oder Drogenhandel kommen. Die Kinder und Jugendlichen erleben sich teilweise als Opfer, aber auch als Täter:innen. Dieser Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen im Quartier spielt auch in der Arbeit sozialer Akteurinnen und Akteure mit Kindern und Jugendlichen eine Rolle. In einem Jugendzentrum wird beispielsweise Rechtsberatung angeboten, aber Kriminalität und Gewalt sind auch im Gespräch zwischen Jugendlichen und Sozialarbeitenden präsent.

Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe leisten damit einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit und Prävention im Quartier. Auch wenn das Netzwerk von Engagierten in diesem Bereich groß scheint, wird von den Befragten die Spar- und Personalpolitik der letzten Jahre bedauert. Insbesondere mehr Stellen für die Sozialarbeit werden als Bedarf geäußert und eine stärkere Unterstützung jener Gebiete, die von besonderer Benachteiligung geprägt sind. Als problematisch erachten die Akteurinnen und Akteure auch die Struktur der Kinder- und Jugendarbeit in zeitlich oftmals eng begrenzten Projekten oder eine Förderung von Projekten, die ohne die dafür notwendige Erfahrung und Vernetzung umgesetzt würden. Die Konzeptionierung von Angeboten dürfe vor allem nicht an den Bedarfen der Jugendlichen und Kinder vorbei erfolgen, sondern müsse partizipativ und niedrigschwellig sein, um die Zielgruppe zu erreichen. Haben sich Angebote erst etabliert, würden diese aber auch stadtteilübergreifend gut angenommen. Von großer Bedeutung aus Sicht der Befragten sei aber vor allem der Ausbau von niedrigschwelliger, aufsuchender Kinder- und Jugendsozialarbeit im öffentlichen Raum. Einen diesbezüglichen Teilerfolg macht die Unterstützung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt möglich, die seit 2017 einen noch deutlicheren Schwerpunkt auf die kiezorientierte Gewaltprävention legt¹⁵. In diesem Rahmen werden auch in Berlin-Mitte ausgewählte Projekte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention gefördert. Dazu gehören im Jahr 2020 mehrere Projekte aufsuchender Kinder- und Jugendarbeit, wie beispielsweise im Untersuchungsgebiet das Projekt „Mind the Gap at Maxplatz – Mat Max!“. Dieses Projekt der aufsuchenden Jugendsozialarbeit auf dem nördlichen Leopoldplatz (Maxplatz) wird für Kinder im Alter zwischen 10 bis 15 Jahren angeboten und entsteht in Kooperation verschiedener im Kiez etablierter Träger Sozialer Arbeit.

¹⁵ Landeskommision Berlin gegen Gewalt: Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 64, Heft 1: Urbane Sicherheit - Kiezbezogene Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

4. Gelingensbedingungen kooperativer Sicherheitsproduktion

Über die einzelnen SiQua-Fallstudiengebiete hinausgehend, wurde im Projekt SiQua der Blick auf Gelingensbedingungen kooperativer Sicherheitsproduktion gelenkt. Dafür wurden verschiedene Sicherheitslösungen aus den insgesamt neun Fallstudiengebieten analysiert. Im Ergebnis wurden die dahinterliegenden Ansätze und Strategien herausgearbeitet, die sich für eine gelingende Sicherheitsproduktion als förderlich erwiesen haben. Eine tiefergehende Auseinandersetzung findet sich in einem Handbuch des SiQua-Projekts, welches ab Mitte des Jahres 2021 online verfügbar sein wird.

1. Situationsanalysen und Zielformulierungen

Im Vorfeld der Konzeptionierung einer Sicherheitslösung sind Bestandsaufnahmen unter Berücksichtigung möglichst vielfältiger Perspektiven sinnvoll. Dies bildet eine gute Basis für die Entwicklung angemessener Ziele und Strategien.

2. Konzeptionierung und Umsetzung passgenauer Formate

Die Vielfalt zielführender Formate deutet sich durch Beispiele an: Runde Tische, Stadtteilspaziergänge und Begehungen, die Einrichtung institutionalisierter Präventionsgremien, die Moderation von Nutzungskonflikten, Quartiersarbeit und die Stärkung lokaler Vernetzung, die Gestaltung der Kinder- und Jugendarbeit oder auch die Durchführung von Beteiligungsprozessen im Rahmen von Umgestaltungsmaßnahmen sind beispielhaft als Beiträge einer kooperativen Sicherheitsproduktion im Quartier anzusehen.

3. Kritische Auseinandersetzung qualifiziert Sicherheitslösungen

Eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit möglichen Sicherheitslösungen ist unabdingbar. Es muss sorgfältig unterschieden werden, wann Repression, Intervention und Kontrolle angemessen und sinnvoll sind, welche Wertevorstellungen und Implikationen den Sicherheitslösungen zugrunde liegen und welche (auch unerwünschten) Wirkungen sie haben. Häufig wird an die Polizei oder Sozialarbeit die Erwartung herangetragen, bestimmte Gruppen zu kontrollieren oder zu normkonformem Verhalten zu „erziehen“. Aber nicht jede Form von abweichendem Verhalten stellt ein Sicherheitsproblem dar und teilweise werden unter dem Stichwort Sicherheit auch Nutzungskonflikte ausgehandelt, bei denen vor allem eine sensible Moderation gefragt ist, um die verschiedenen Erwartungen und Bedürfnisse in Einklang zu bringen.

4. Partizipation und Inklusion

Die Nutzer:innen der Quartiere haben ganz unterschiedliche, teils konfligierende Sicherheitsbedürfnisse. Partizipation und Inklusion sind als zentrale Bestandteile von Sicherheitslösungen zu sehen. Teilweise sind sog. Randgruppen aber schwer zu erreichen. Dafür bedarf es besonderer Konzepte, Methoden und Arbeitsprinzipien, wie sie in der Sozialen Arbeit ausdifferenziert vorliegen. Die Beteiligung ist sowohl bei der Situationsanalyse als auch der Planung und Umsetzung sinnvoll. Gelingt dies, erhöhen sich durch das persönliche Engagement der Nutzer:innen die Nachhaltigkeit und die Erfolgsaussichten von Sicherheitslösungen.

5. Vorhandene Netzwerke und Schlüsselpersonen

Verfügt das Quartier über Netzwerke und Schlüsselpersonen, können diese ihr lokales Wissen in Sicherheitslösungen und Präventionsmaßnahmen einbringen oder beispielsweise als Seismografen vor Ort auf die Zuspitzung von Problemlagen aufmerksam machen. Im Untersuchungsquartier Wedding-Zentrum besteht beispielsweise durch das im Rahmen des Programms Soziale Stadt eingesetzte Quartiersmanagement eine enge Vernetzung vor Ort. Auch eine gute Kooperationslandschaft im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit kann diesbezüglich als Ressource gelten. Engagierte Präventionsbeauftragte der Polizei stellen ebenfalls Schlüsselpersonen dar, verfügen über zahlreiche Kontakte im Quartier und bringen ihr Wissen in die vorhandenen Gremien ein.

6. Kooperationsformen

Charakteristisch für wirksame Sicherheitslösungen ist die Vielfalt der Kooperationsbeziehungen, die sich zur Umsetzung der Sicherheitsproduktion bündeln. Dabei lassen sich vertikale Kooperationsformen zwischen Initiativen oder Trägern vor Ort und höheren Verwaltungsebenen von solchen unterscheiden, die eher auf horizontaler Ebene gleichberechtigter, unabhängiger Partner:innen agieren. Voraussetzung ist die interdisziplinäre und ressortübergreifende Zusammenarbeit.

Vertikale Kooperationsformen

Die vertikale Integration von Gremien und Kooperationen kann entscheidend zum Gelingen von Sicherheitslösungen beitragen. Beispielsweise, indem sich im Quartier angesiedelte Akteurinnen und Akteure oder lokal agierende Gremien und Initiativen mit der Verwaltung auf Bezirksebene oder der Gesamtstadt vernetzen. Die vertikale Integration erfordert Schnittstellen, die zwischen Bürgerinnen und Bürgern und lokal Handelnden einerseits, sowie der Politik und Verwaltung andererseits agieren. Eine solche Funktion kann beispielsweise das Quartiersmanagement einnehmen oder durch ressortübergreifende Koordinierungsstellen geleistet werden. Gelingende vertikale Integration bedeutet, dass die auf der lokalen Ebene ermittelten Probleme, Bedarfe oder Lösungsmöglichkeiten die zuständigen Stellen und Entscheidungsträger erreichen oder auch, dass Verwaltungshandeln transparent gemacht und in die Quartiere hinein kommuniziert wird.

Interdisziplinäre, ressortübergreifende Kooperationsformen

Viele Herausforderungen der Sicherheitsproduktion erfordern eine interdisziplinäre und ressortübergreifende Kooperation. Oft sind unterschiedliche Ressorts (Bauen, Wohnen, Jugend und Soziales, Ordnungsamt und Polizei) sowie Akteurinnen und Akteure auf der Quartiersebene (Sozialarbeitende, Kontaktbereichsbeamte und -beamtinnen), an der Umsetzung von Sicherheitslösungen beteiligt. Die Beteiligten verfügen jeweils über spezifisches Erfahrungswissen oder über relevante Entscheidungskompetenzen, die nutzbar gemacht werden können. Zugleich gilt es, die jeweiligen Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten auszuloten und zu berücksichtigen. Die Aktivierung der jeweiligen Kooperationspartner:innen erfolgt häufig anlassbezogen, phasenweise, problemspezifisch durch Betroffene bzw. zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, durch Politik und Verwaltung.

7. Passgenaue Gremienstrukturen

Je nach Problemlage kann die sinnvoll gewählte Anzahl und Zusammensetzung der Beteiligten (z. B. Praktiker:innen, Verwaltungsmitarbeiter:innen, Bürger:innen) sowie die Auswahl des Formats (z. B. Lenkungsgruppe, Praktikerrunde, Runder Tisch) wichtige Weichen für den Erfolg der Sicherheitslösung stellen. Die Frequenz und Kontinuität der Gremien ist ebenfalls am jeweiligen Bedarf der Sicherheitslösung auszurichten. Denkbar sind ressortübergreifende Arbeitstreffen, die einmalig stattfinden und aus denen ein ganzes Bündel an Maßnahmen/Aktivitäten durch verantwortlich Handelnde umgesetzt werden, parallele Strukturen mehrerer über- und untergeordneter Arbeitskreise oder gleichgeordnete Arbeitskreise mit unterschiedlichen Aufgabenprofilen. In vielen Fällen erweist sich eine Vernetzung zwischen sozialräumlichen und stadtübergreifenden Gremien/Akteurinnen und Akteuren als sehr sinnvoll.

8. Steuerung der Kooperationspartner/Netzwerke

Gelingende kooperative Sicherheitsproduktion erfordert eine gut durchdachte Steuerung, Koordination und Moderation der Kooperationen, Gremien und Netzwerke. Als wichtige Aspekte der Steuerung haben sich insbesondere Unabhängigkeit und Allparteilichkeit, Moderationskompetenz, eine ausreichende Finanzierung, Anerkennung und Vertrauen erwiesen. Auch die Aufgabenprofile der jeweiligen Kooperationspartner:innen und die Grenzen der Kooperation müssen Beachtung finden.

9. Qualifizierte Kommunikation

Die Gestaltung der Kooperation erfolgt kommunikativ, mit Blick auf ähnliche und widersprüchliche Nutzungs- und Interessenkonflikte mediiierend, wertschätzend, allparteilich. Je weniger die moderierenden und koordinierenden Personen in die Konflikte involviert sind, desto besser für die Sachebene der Problemlösung. Koordination und Moderation sollten ggf. getrennt erfolgen. Interessenkonflikte politischer Lager mit unterschiedlichen Lösungsstrategien stellen hohe Anforderungen an die Umsetzung sozial verträglicher Sicherheitslösungen. Ein professioneller Umgang mit der Politisierung und Polarisierung von Konflikten ist wünschenswert. Demotivierend ist es, wenn Gremien als ineffizient wahrgenommen werden. Wünschenswert wäre eine Kontinuität in der Beteiligung von Schlüsselpersonen und Kooperationspartner:innen. Persönliches Kennenlernen möglicher Ansprechpartner:innen kann Vertrauen erhöhen, bildet die Basis für kurze Wege, fördert flexible, schnelle Lösungen. Transparenz ist dabei unabdingbar: Es sind Erwartungen, Interessenkonflikte der beteiligten Parteien offen zu legen, Machtstrukturen, Rollen- und Aufgabenprofile bzw. -kompetenzen der (professionellen) Beteiligten zu klären. Sicherheitslösungen können sich ins Gegenteil verkehren, wenn sie z. B. mit Vertrauensverlust der Klienten und Klientinnen in die Akteurinnen und Akteure Sozialer Arbeit einhergehen. Die Kooperation zwischen Sozialer Arbeit und Polizei beispielsweise erfordert deshalb eine Klärung der jeweiligen Grundsätze, Aufträge und Arbeitsprinzipien beider Professionen.

10. Motivation der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung

Die Umsetzung von Maßnahmen macht es häufig erforderlich, Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung für die Maßnahme zu gewinnen oder für Problemlagen vor Ort zu sensibilisieren. Die Motivation wichtiger Ansprechpersonen kann beispielsweise gefördert werden durch Einladungen zu Vor-Ort-Begehungen, durch persönliche Konfrontation mit den Problemen der Bewohner:innen oder die Erstellung von Situationsanalysen. Die Unterstützung durch Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung erhöht die Erfolgsaussichten von Sicherheitslösungen; sie kann unter Umständen auch das Vertrauen in demokratische Politikprozesse und Verwaltungshandeln stärken.

11. Strategische Abstimmung von Prävention und Intervention

Maßnahmen der Prävention und Intervention, die innerhalb von Behörden wie Polizei, Jugend- oder Gesundheitsamt recht unterschiedliche Bedeutung haben, sind zunächst intern zu definieren und abzustimmen. Aber auch eine strategische Abstimmung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure ist angezeigt, da Intervention und Prävention selten institutionsintern zu leisten sind, sondern Handlungsketten unter Beteiligung mehrerer Beteiligter erfordern. Eine gelingende strategische Abstimmung erlaubt es, komplexe und multidimensionale Problemlagen gemeinsam zu bearbeiten. Besonders sinnvoll ist eine Abstimmung dann, wenn rein repressive Maßnahmen lediglich zu einer Verdrängung des Phänomens in andere Quartiere führen (z. B. Drogenhandel, Hermannplatz; Obdachlosigkeit, Friedrichshain) oder repressive Maßnahmen keine nachhaltige Lösungsstrategie darstellen (Jugenddelinquenz). Ein klassisches Beispiel ist die Abstimmung von Sozialer Arbeit und Polizei. Lange Zeit gab es hier eine starke Abschottung und gegenseitiges Misstrauen, mittlerweile haben sich vielerorts Strukturen der Zusammenarbeit etabliert. Gelingende strategische Abstimmung setzt aber Kenntnisse über die jeweiligen Zuständigkeiten und Handlungsprinzipien der Partner:innen sowie eine Beachtung der Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit voraus.

12. Ausrichtung an stetigen Transformationsprozessen

Maßnahmen müssen kontinuierlich in ihrer Wirkung überprüft und ggf. nachjustiert werden, da Sicherheitslösungen sich entlang von Stadtentwicklungs- und Transformationsprozessen ändern. Kooperationsstrukturen sollten entsprechend der Entwicklungen und sich verändernden Bedarfe flexibel konfiguriert werden.

13. Sicherheit erfordert ausreichende finanzielle Mittel

Der Mitteleinsatz zur Umsetzung überschaubarer Einzelaktivitäten oder kontinuierlicher Sicherheitsaktivitäten (z. B. Freistellung/Einsatz behördlicher Koordinatorinnen und Koordinatoren, Einrichtung einer Geschäftsstelle, Sach-/Personalmittel an externe Beauftragte) erweist sich als nachhaltige Investition. Der autonome und flexible Einsatz finanzieller Budgets je nach Problemlage qualifiziert die Sicherheitslösung und ermöglicht Partizipation. Kontinuität von Zuständigkeiten und zentralen Ansprechpersonen wird möglich. Regelmäßige Überprüfung der Wirkung des Mitteleinsatzes befördert den flexiblen Umgang mit den sich verändernden Entwicklungen im Quartier. Das Auslaufen von Programmen/Finanzierungen führt zu Brüchen bei der Bearbeitung von

Sicherheitslösungen. Eine wichtige Ressource ist deshalb Wissen über Mittelbeantragung, -beschaffung und -verwaltung.

5. Abschließende Handlungsempfehlungen

Die Darstellung der Sicherheitsproduktion im Quartier (Kapitel 3) zeigt, dass bereits zahlreiche Ansätze gelingender Sicherheitsproduktion im Quartier Wedding-Zentrum bestehen und umgesetzt werden. Unter Berücksichtigung des identifizierten Gelingensfaktoren sollen abschließend einige zentrale Handlungsempfehlungen benannt werden, die zu einer weiteren Stärkung der Präventionsarbeit im Quartier beitragen könnten.

Aufbau und Stärkung von Strukturen

- Der sich aktuell im Aufbau befindliche **Präventionsrat** stellt einen wichtigen Schritt dar, um die bezirkliche Präventionsarbeit und eine kiezorientierte Kriminal- und Gewaltprävention zu koordinieren und zu stärken. Nun kommt es auf die Umsetzung an. Das im Rahmen von SiQua entwickelte Handbuch, das ab Mitte 2021 zur Verfügung stehen wird, könnte diesbezüglich wertvolle Handlungsempfehlungen aufzeigen.
- Eine besondere Herausforderung im Quartier stellen **Nutzungskonflikte** im öffentlichen Raum dar, die sich oftmals unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegen. Solche Nutzungskonflikte treten nicht nur auf dem medial und politisch vielbeachteten Leopoldplatz auf, sondern darüber hinaus an vielen weiteren Orten im Quartier. Eine zentrale Handlungsempfehlung besteht darin, Strukturen für die nachhaltige Lösung von Nutzungskonflikten zu entwickeln. Dabei gilt es Konflikte zu analysieren, gemeinwesenbezogene Lösungen zu erarbeiten und Maßnahmen umzusetzen. Eine diesbezügliche Handlungsempfehlung besteht in der Schaffung dreier miteinander verknüpfter Strukturen: zunächst sollte eine Stelle geschaffen werden, welche ein zentrales **Monitoring** von Nutzungskonflikten im Bezirke vornimmt und eine tiefergehende Analyse der oft vielschichtigen Nutzungskonflikte ermöglicht. Außerdem sollten Formate zur Lösung beziehungsweise der Moderation von Nutzungskonflikten umgesetzt werden. Als eine Lösungsmöglichkeit wird an dieser Stelle vorgeschlagen, Gemeinwesenarbeit und Methoden der **Gemeinwesenmediation** einzusetzen. Da die Umsetzung von Maßnahmen jedoch häufig an Zuständigkeitskonflikten und einem fehlenden Bewusstsein für Gemeinschaftsaufgaben scheitert, sollte dies durch die Beauftragung einer **kommunalen Konfliktberatung** ergänzt werden. Diese könnte als ein Organisationsentwicklungsprozess eingesetzt werden mit dem Ziel, Zuständigkeitskonflikte in Bezug auf den öffentlichen Raum zu entschärfen, strukturbildend zu wirken sowie eine Kooperationskultur zu entwickeln und zu festigen, welche dem öffentlichen Raum als Querschnittsaufgabe Rechnung trägt. Diese drei Maßnahmen des Monitorings, der Gemeinwesenmediation und der Kommunalen Konfliktberatung/Organisationsentwicklung sind komplementär zu sehen und sollten eng aufeinander abgestimmt erfolgen. Sie sind nicht nur in Bezug auf den beispielhaft dargestellten Konflikt in der Malplaquetstraße von Bedeutung, sondern stellen

Lösungsstrategien für potentiell ähnlich gelagerte Konflikte im ganzen Bezirk dar. Der sich im Aufbau befindliche bezirkliche Präventionsrat, welcher die Förderung von Projekten nach den Förderkriterien der Berliner Landeskommision gegen Gewalt vornimmt, könnte daher möglicherweise die Schaffung solcher Strukturen fördern und mit der erforderlichen personellen und finanziellen Ausstattung versehen, um Nutzungskonflikte gemeinwesenbezogen zu lösen.

- Vor dem Hintergrund eines zunehmenden **offenen Drogenhandels und Drogenkonsums** im öffentlichen Raum gilt es, lokalen Strukturen und Maßnahmen im Bereich der Suchthilfe zu stärken und auszubauen und weiterhin Lösungsansätze zu verfolgen, die nicht in Verdrängung und Ausgrenzung resultieren. Dies erfordert ein integriertes Vorgehen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure. Neben konsequenter polizeilicher Repression und Kontrolle gilt es insbesondere auch **Anlaufstellen** für Suchtkranke zu schaffen bzw. zu erhalten, die einen Ort für sicheren Konsum bieten und Hilfsangebote vermitteln können. Darüber hinaus sollten Maßnahmen der Prävention und Aufklärung in Schulen, durch die Kinder-, Jugend- und Elternarbeit ausgebaut werden. Zur Steuerung dieser Maßnahmen sollte ein Netzwerk gefördert werden, das sich – auch jenseits des Leopoldplatzes – mit dieser Thematik befasst.

Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen

- Im Hinblick auf die Situation von Kindern und Jugendlichen im Untersuchungsquartier gilt es, Projekte im Bereich der **aufsuchenden Kinder- und Jugendsozialarbeit** weiter auszuweiten und eine Verstetigung von Modellprojekten anzustreben. Auch die Schaffung von Angeboten für sogenannte „Lückekinder“ zwischen 10 und 14 Jahren sollte dabei Berücksichtigung finden.
- Ein großer Teil der Bevölkerung im Quartier ist durch klassische Beteiligungsverfahren nur sehr schwer zu erreichen. **Niedrigschwellige Beteiligungsverfahren** erfordern Zeit und auf diesem Gebiet erfahrenes Personal. Auf diesem Wege entwickelte Maßnahmen zeichnen sich durch eine größere Akzeptanz und Nachhaltigkeit aus, da sie bedarfsgerecht konzipiert sind. Diesem Ansatz sollte weiterhin große Bedeutung zugemessen werden.
- Als ein Handlungsbedarf wird die Pflege und Gestaltung von **Grünflächen** deutlich. Diese sind einem hohen Nutzungsdruck ausgesetzt; gleichzeitig fehlt es der Verwaltung an personeller und finanzieller Ausstattung, die dringend erhöht werden sollte. Auch über niedrigschwellige Maßnahmen der Umweltbildung und eine Aktivierung und Sensibilisierung der Bewohner:innen kann ein Beitrag geleistet werden, um der Verschmutzung nachhaltig zu begegnen und zugleich das Sicherheitsgefühl und die Identifikation mit dem Sozialraum zu stärken.
- Maßnahmen, welche **Vertrauen und Begegnungen** zwischen Bewohner:innen beziehungsweise zwischen unterschiedlichen Gruppen im Quartier fördern, können einen wichtigen Beitrag zur Sicherheitsproduktion leisten, da sie Ängste und Vorurteile

abbauen und zu einer Stärkung des Sicherheitsgefühls beitragen. Solche Maßnahmen können Stadtteilstunden und andere Veranstaltungen sein. Auch die Förderung eines friedlichen Nebeneinanders unterschiedlicher Gruppen an niedrigschwelligen Begegnungsorten im Quartier kann auf diese Weise die subjektive und objektive Sicherheit im Quartier stärken. Hier sind Gestaltungs- und Nutzungsaspekte im öffentlichen Raum von zentraler Bedeutung.

6. Literaturangaben

- Leon Hempel, Jan Abt, Dietrich Henckel und Ricarda Pätzold (2015): Das Versprechen der sicheren Stadt – eine Einleitung. In: Jan Abt, Leon Hempel, Dietrich Henckel, Ricarda Pätzold, Gabriele Wendorf (Hrsg.): Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit. Akteure, Kulturen, Bilder. Wiesbaden, Springer VS, S.1–27.
- Becker, Franziska (2018): Mediation im Gemeinwesen. Konfliktregulierung im öffentlichen Raum. In: Anhorn, Roland/ Schimpf, Elke/ Stehr, Johannes u.a. (Hrsg.): Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit (Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit, Bd. 29). Wiesbaden, Springer VS, S. 145–158.
- Gans, Brigitte (2017): Wem gehört der öffentliche Raum? Gratwanderung zwischen Schutz der Sicherheit und Freiheit der Nutzung, In: Marks, Erich und Steffen, Wiebke (Hrsg.): Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses. Ausgewählte Beiträge des 21. Präventionstages, Forum Verlag, Godesberg, S. 333–340.
- Goffman, Erving (1971): Verhalten in sozialen Situationen. Strukturen und Regeln der Interaktion im öffentlichen Raum. Verlagsgruppe Bertelsmann, Gütersloh, 1971.
- Häfele, Joachim (2013): Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-)Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse. In: Marks, Erich und Steffen, Wiebke (Hrsg.): Sicher leben in Stadt und Land Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages am 16. und 17. April 2012 in München, Forum Verlag Godesberg GmbH, Seite 243–274.
- Häfele, Joachim (2013a) Urbane Disorder-Phänomene, Kriminalitätsfurcht und Risikoperzeption. Eine Mehrebenenanalyse. In: Oberwittler Dietrich/ Rabold, Susann./ Baier, Dirk (Hrsg): Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Springer VS, Wiesbaden. S. 217–247.
- Hüttermann, Jörg (2017): Flüchtige Begegnungen - Ausweichinteraktionen - Konflikte: Expertise über die Erforschung von Machtdynamiken und Intergruppenbeziehungen im Alltag stadtesellschaftlicher Diversität. FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (Hrsg), Düsseldorf.
- Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2018): Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 64, Heft 1: Urbane Sicherheit - Kiezbezogene Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Eigenverlag, Berlin.

Nassehi, Armin (2017): Gut, dass wir uns fremd geworden sind.
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6491106/Gut-dass-wir-uns-fremd-geworden-sind.html> (letzter Zugriff: 26.05.2020).

Simmel, Georg (2006 [1903]): Die Großstädte und das Geistesleben. Suhrkamp, Frankfurt a. M.